

komba hamburg

Von: Finke-cduhamburg <finke@cduhamburg-leh.de>
Gesendet: Montag, 13. Januar 2020 13:19
An: 'info@komba-hamburg.de'
Cc: Stuhr CDU Hamburg; 'kuechenmeister@cduhamburg.de'
Betreff: CDU HH: Wahlprüfsteine
Anlagen: Wahlprüfsteine komba.pdf

Sehr geehrte Frau Kirchoff,
anbei finden Sie die Beantwortung der Wahlprüfsteine der CDU zur Bürgerschaftswahl 2020.

Mit freundlichen Grüßen

Peter Finke

Büroleiter Wahlkampf Marcus Weinberg, MdB
CDU Hamburg

Telefon: (040) 46854-810

Mobil: 0173-5796777

E-Mail: finke@cduhamburg-leh.de

Internet: www.cduhamburg.de

facebook.com/cduhamburg

twitter.com/CDU_Hamburg

instagram.com/cdu_hamburg

Spendenkonto der Hamburger CDU:
IBAN: DE 08 2003 0000 0004 3001 82
BIC: HYVEDEMM300

Wahlprüfsteine Komba-Gewerkschaft

1. *Zur Attraktivitätssteigerung des Arbeitgebers Öffentlicher Dienst bedarf es einer verstärkten Werbung um die „besten Köpfe“. Besonderes sollte sich der künftige Senat einsetzen für die Unterbringung seiner Anwärterinnen/ Anwärter und Auszubildenden, denn sie sind die Zukunft. Dazu gehört auch, dass sie eine gute und günstige Wohnung zur Verfügung gestellt bekommen. Der Bau von zentral gelegenen und bezahlbaren Wohnunterkünften sollte daher gefördert werden.*

Diese Forderung unterstützen wir ausdrücklich. Wohnraum ist in Hamburg knapp und teuer, der Wettbewerb um die besten Nachwuchskräfte groß. Die Vermittlung von bezahlbarem Wohnraum, sei es in Wohnheimen, in Wohngemeinschaften oder kleinen Wohnungen, hilft insbesondere Nachwuchskräfte aus anderen Bundesländern für die Hamburgische Verwaltung zu gewinnen. Bereits in dieser Legislaturperiode hat sich die CDU-Bürgerschaftsfraktion mit einem Antrag dafür eingesetzt, dass auf dem Teilgelände der JVA Fuhlsbüttel, das künftig für Wohnraum zur Verfügung stehen soll, auch Wohnheimplätze für Anwärter errichtet werden.

2. *Der zukünftige Senat soll sich verstärkt für den Schutz vor körperlicher und verbaler Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes, insbesondere denen mit Bürgerkontakten (z. B. Sozialämter, Jobcenter, Feuerwehr und Rettungsdienste, Kundenzentren) einsetzen. Dienststellen mit Kundinnen- und Kundenkontakt sollten über entsprechende Sicherheitskonzepte verfügen und Beschäftigte bestmöglich und strukturiert mittels Schulungen u. ä. auf Konfliktsituationen vorbereitet werden.*

Dienststellen mit Kundinnen- und Kundenkontakt sollten über entsprechende Sicherheitskonzepte verfügen und Beschäftigte bestmöglich und strukturiert mittels Schulungen u.ä. auf Konfliktsituationen vorbereitet werden. Der Schutz der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes vor körperlicher und verbaler Gewalt muss endlich wieder als originäre Aufgabe des Dienstherrn verstanden und als solcher verfolgt werden! Dafür steht die Hamburger CDU. Der Überfall auf die Zahlstelle des Bezirksamtes Hamburg-Nord, die 3.568 häufig gewaltsamen Übergriffe auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes allein in den Jahren 2016 und 2017 und nicht zuletzt die rund 250 gewaltsamen Übergriffe auf Hamburgs Feuerwehrleute seit 2017 zeugen in untragbarer Weise vom Unvermögen und gravierenden Nachholbedarf des rot-grünen Senats in Sicherheitsfragen. Um die Sicherheit der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes künftig wieder zu gewährleisten, setzt sich die CDU Hamburg daher dafür ein, alle

Behörden auf den neuesten Stand der sicherheitstechnischen Entwicklung zu bringen, das Angebot theoretischer und praktischer Schulungen für Beschäftigte des öffentlichen Dienstes anforderungsgemäß auszuweiten und den Personalbestand der Hamburger Sicherheitsbehörden bedarfsgerecht zu erhöhen. Darüber hinaus werden wir bestehende Sicherheits- und Schulungskonzepte detailliert überprüfen und der jeweiligen Sicherheits- und Bedarfslage entsprechend anpassen, neue Sicherheits- und Schulungskonzepte für bisher nicht erfasste Bereiche erstellen und die jeweiligen Konzepte mit den hierfür erforderlichen Mitteln zeitnah umsetzen.

3. *Stärkung des Beihilfeberechtigten durch einfachere Verfahren und schnellere Abarbeitung der Anträge sowie Übernahme aller Krankenkassenleistungen in den Beihilfekatalog (z. B. PEP-Medikamente). Beamtinnen und Beamte, die in der Regel Leistungen aus der Beihilfe und einer PKV erhalten, dürfen nicht schlechter gestellt sein, als Mitglieder der GKV.*

Regelmäßig überprüft die CDU-Fraktion, ob der Senat seine Zusagen bezüglich der Bearbeitungszeiten bei der Beihilfe einhält. Da dies leider immer wieder nicht der Fall ist, wurden entsprechende Initiativen in die Bürgerschaft eingebracht. Zudem wurde im vergangenen Jahr der Antrag „Beihilfeempfänger entlasten – Direktabrechnung mit Krankenhäusern nicht nur ankündigen, sondern auch umsetzen“ von der CDU-Fraktion eingebracht, von Rot-Grün aber leider ohne überzeugende Argumente abgelehnt. Auch wurde die CDU-Forderung „Kostendämpfungspauschale für Hamburgs Beamte, Richter und Pensionäre ersatzlos abschaffen – Soziale Ungerechtigkeit endlich beseitigen“ lange von Rot-Grün ignoriert.

4. *Keine flächendeckende Ausweitung der Samstagsarbeit (wie z.B. bei den Kundenzentren), wenn dies nicht zwingend dienstlich geboten erscheint. Sprechzeiten an Wochenenden sollten aus unserer Sicht die Ausnahme bleiben.*

Sprechzeiten an Wochenenden sollten aus unserer Sicht die Ausnahme bleiben. Als CDU Hamburg lehnen wir eine flächendeckende Ausweitung der Arbeitszeiten der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes, einschließlich der Samstagsarbeit, ab, soweit dies nicht zwingend dienstlich geboten ist.

5. *Nutzung und Stärkung der Fachkompetenzen „In House“ statt teure Beratungsverträge abzuschließen. Statt Beratungsdienstleistungen extern einzukaufen, sollte aus unserer Sicht die fachliche Kompetenz in den Dienststellen erhalten und ggf. ausgebaut werden. Dies ist langfristig günstiger für die FHH.*

„Ohne Fachkräfte ist kein Staat zu machen“ lautet nicht nur der Titel eines CDU-Antrages, sondern entspricht auch einem Kernanliegen, das sich wie ein roter Faden durch die CDU-Forderungen der letzten Jahre zieht. Ob in den Bezirken, den Behörden oder allgemein im IT-Bereich; die Verwaltung braucht dringend genügend eigene Fachkräfte. Beraterverträge sind nicht nur teuer, oft können die Externen aufgrund fehlender Erkenntnis über die vielseitigen Verknüpfungen gar nicht richtig einschätzen, was eine Änderung an einer Stelle auf andere Stellen für Auswirkungen hat.

6. *Schaffung eines einheitlichen behördlichen Umgangs mit Themen wie „mobiles Arbeiten“, Telearbeit und mehr Flexibilität der Arbeitszeiteinteilung in der FHH. Die FHH sollte sich als attraktive Arbeitgeberin und Dienstherrin präsentieren. Hierfür sollten – soweit möglich und sinnvoll – auch dienststellenübergreifende Best-Practice Lösungen etabliert werden. Derzeit erlassen alle Dienststellen eigene Regeln, die z.T. willkürlichen Ermessensentscheidungen Tür und Tor öffnen. Aufgrund dessen präsentiert sich die FHH derzeit nicht hinreichend als attraktive Arbeitsplatzgeberin.*

Grundsätzlich sollte es für die Behörden und Bezirke einheitliche Grundregeln geben. Allerdings dürfen die jeweiligen Dienststellen aufgrund unterschiedlicher Arbeitsvoraussetzungen in ihrer Flexibilität auch nicht zu sehr eingeschränkt werden. Wenn aber beispielsweise Sachbearbeiter mit gleicher Tätigkeit aber in unterschiedlichen Dienststellen unterschiedliche Vorgaben bezüglich Homeoffice oder Arbeitszeiteinteilung haben, so wirkt dies auf die betroffenen Arbeitnehmer willkürlich und wirkt sich auf deren Motivation aus. Wichtig sind daher Abstimmungen innerhalb der FHH und vor allem Transparenz.

7. *Für alle Beschäftigten ein kostenfreies Jobticket nach dem Vorbild anderer Städte und Länder (z.B. Hessen und Frankfurt) anbieten. Option der Ausweitung der Möglichkeit, dass auch die Tarifbeschäftigten ein E-Bike leasen können. Dies dient der Umwelt und der Attraktivität der Arbeitgeberin bzw. Dienstherrin FHH. Im Vergleich zur Privatwirtschaft zahlen die FHH-Beschäftigten relativ hohe Ticketpreise.*

Wir werden nach Wiener Vorbild schrittweise ein 365-Euro-Ticket für die Nutzung des Hamburger Verkehrsverbundes (HVV) einführen. Unverzüglich soll das Ticket für Schüler, Studenten, Auszubildende, Praktikanten, Senioren und Menschen, die auf ihr Auto verzichten, eingeführt werden. Anschließend wird dieses Angebot auf alle Hamburgerinnen und Hamburger ausgeweitet. Das schließt auch die arbeitende Bevölkerung mit ein.

8. *Zur Gesundheitsprävention sollen FHH-einheitlich im Sinne von „Best Practice“ gut eingeführte Vorsorgemaßnahmen aus verschiedenen Behörden (z. B. BWVI) übernommen werden. Auch hier herrscht derzeit ein großer Flickenteppich, der Potenziale für Synergieeffekte ungenutzt lässt.*

Die krankheitsbedingte Fehlzeitenquote in der gesamten hamburgischen Verwaltung ist von 7,9 % im Jahre 2009 auf 9,3 % im Jahre 2018 laut Personalbericht 2019 gestiegen. Vor allem in den Bezirken ist die Fehlzeitenquote mit beispielsweise 13,3 Prozent im Bezirk Wandsbek erschreckend hoch. Vor allem die starke Zunahme von Langzeiterkrankungen macht deutlich, dass die Gesundheitsprävention durch den Senat dringend mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Der erwähnte Flickenteppich bei den Angeboten ist weder sinnvoll noch den Beschäftigten zu erklären. Daher muss der Senat hier dringend nacharbeiten. Eine zentrale Aufgabe ist, für ausreichend Personal zur Vermeidung von Überlastungen zu sorgen.

9. *Eine einheitliche gesundheitsfördernde Grundausstattung der Arbeitsplätze sollte in allen Dienststellen angestrebt werden. Dazu gehören z.B. ein zweiter Monitor, ein höhenverstellbarer Schreibtisch und eine ergonomische Ausstattung in Bezug auf Maus und Tastatur u. ä.*

Diese Forderung unterstützen wir als CDU vorbehaltlos.

10. *Bei der Einführung neuer IT-Programme muss schon im Vorwege auf Nutzerfreundlichkeit, Barrierefreiheit, Funktionalität und eine ausreichende Schulung geachtet werden. Abschreckende Beispiele wie KoPers oder PROSOZ gibt es bedauerlicherweise viele.*

Die Lernkurve des rot-grünen Senats bei der Einführung von neuen IT-Programmen ist leider nur allmählich ansteigend. Dies verwundert, da der Senat mit KoPers und

der PROSA-Nachfolge massiven Schiffbruch erlitten hat. Nicht nur, dass er für beide zusammen 80 Millionen Euro nachfordern musste, so dass KoPers allein bereits rund 95 Millionen Euro gekostet hat, auch die von der Einführung und den damit verbundenen Pannen betroffenen Mitarbeiter in den Behörden, Bezirken und Landesbetrieben mussten viel Zeit und Nerven zusätzlich zu ihrer regulären Arbeit oft über Monate, manchmal auch Jahre hinnehmen. Mit unserer Anfragen-Reihe „Digitalisierung durchdacht durchführen“ beobachtet die CDU-Fraktion den Senat in diesem Bereich sehr genau. Oft genug haben wir daraufhin schon Anträge in die Bürgerschaft eingebracht, um so nachzusteuern und Fehlentwicklungen zu verhindern.

11. *Nach der Bürgerschaftswahl keine teuren oder unnötigen Behördenumstrukturierungen vornehmen. Die Erfahrung zeigt, dass Dienststellen über Monate und zum Teil Jahre bei größeren Umstrukturierungen nur bedingt leistungsfähig und derartige Prozesse sehr kostenintensiv sind.*

Die Erfahrung zeigt, dass Dienststellen über Monate und zum Teil Jahre bei größeren Umstrukturierungen nur bedingt leistungsfähig und derartige Prozesse sehr kostenintensiv sind. Hamburg ist flächenmäßig das zweitkleinste Bundesland, von der Einwohnerzahl her das viertkleinste, dennoch führt der Erste Bürgermeister mit 26 Senatoren und Staatsräten die zweitgrößte Landesregierung in Deutschland und jede Behörde hat mindestens eine eigene Präsidialverwaltung, die aus mehreren Mitarbeitern besteht. Dies muss kritisch hinterfragt werden. Gleichzeitig muss jedoch die Leistungs- und Handlungsfähigkeit der städtischen Behörden zu jeder Zeit gewährleistet sein. Aus diesem Grund setzt sich die Hamburger CDU dafür ein, dass Behördenumstrukturierungen nur dort vorgenommen werden, wo dies erforderlich und ein künftiger Mehrwert, insbesondere die Reduzierung von unnötig vielen Präsidialstäben, zu erwarten ist.

12. *Verbraucherschutz durch mehr Lebensmittelkontrollen stärken, dies geht nur mit ausreichend Personal. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten zu Recht, dass der Gesetzgeber seinen Kontroll- und Qualitätssicherungspflichten in vollem Umfang nachkommt. Dies ist heutzutage auch in der FHH nicht mehr flächendeckend der Fall.*

Die EHEC-Krise, die Vorgänge rund um dioxinbelastete Eier und Gammelfleisch sowie der Skandal um falsch etikettiertes Pferdefleisch sind nur einige von vielen Beispielen, die das Vertrauen der Verbraucher in Hamburg in den vergangenen Jahren auf eine harte Probe gestellt haben. Um einerseits verloren gegangenes Vertrauen der Konsumenten zurückzugewinnen und andererseits zukünftige Gefahren für die Lebensmittelsicherheit in unserer Stadt vermeiden zu können, fällt der amtlichen Lebensmittelüberwachung (LMÜ) eine herausragende Bedeutung zu.

Seit 2011 haben es die SPD-Senate aber in keinem einzigen Jahr geschafft, sämtliche der gesetzlich vorgeschriebenen Lebensmittelkontrollen auch durchzuführen. So entfiel auch im vergangenen Jahr eine von zehn Kontrollen. Die Hamburgerinnen und Hamburger haben aber ein Maximum an Lebensmittelsicherheit verdient. Daher brauchen wir ein Optimum an amtlichen Lebensmittelkontrollen. Dieses ist allerdings nicht ohne ausreichend Personal und entsprechende Personalmittel für die Bezirke zu erreichen. Daher fordern wir, den Bezirken endlich ausreichend Personalkosten zur Verfügung zu stellen, um alle gesetzlich vorgeschriebenen Lebensmittelkontrollen durchzuführen.

13. *Der Senat sollte sich für ein bundeseinheitliches Vergaberecht einsetzen. Dies dient der Vereinheitlichung, Stärkung des Beschaffungssektors und der Verhinderung von Lobbyisten-Einfluss.*

Das Vergaberecht wurde in den vergangenen Jahren mehrfach modernisiert und vereinheitlicht. Auch der aktuelle Koalitionsvertrag der Bundesregierung sieht weitere Vereinheitlichungen und Weiterentwicklungen vor. Tatsächlich wird der Handlungsbedarf auf Bundesebene also bereits gesehen.

14. *Keine weitere Privatisierung von öffentlichen Aufgaben. Die Outsourcing-Aktivitäten haben vielfach eher zu höheren Kosten und weniger zur Effizienz geführt.*

Privatisierung darf kein Selbstzweck sein. Derzeit sehen wir nicht, dass eine Privatisierung von landeseigenen Unternehmen der Stadt bzw. den Menschen in Hamburg nützen würde. Einer konkreten Privatisierungsentscheidung muss immer eine sehr umsichtige Einzelfallprüfung vorausgehen.

15. *Bürokratie abbauen durch die Abschaffung von Deputationen. Deputationen erhöhen vielfach die Dauer und den Umfang von behördeninternen Verfahren, ohne dass dadurch ein erkennbarer Mehrwert geschaffen wird. Aus unserer Sicht könnten bei Wegfall der Deputationen ggf. im Gegenzug Einsicht- und Beteiligungsrechte der Bürgerschaft und deren Ausschüsse gestärkt werden, soweit rechtlich zulässig und praktikabel.*

Als CDU Hamburg halten wir an der Hamburgensie der Deputation, die ihre Grundlage in der Hamburgischen Verfassung hat, als bewährtes Mitwirkungs- und Kontrollorgan fest und setzen uns für ihren künftigen Erhalt ein. Wir halten die Beteiligung von ehrenamtlich tätigen Bürgern in den Deputationen für ein sinnvolles Instrument zur Kontrolle der Verwaltung.

16. *Beamtenrechtliches Beteiligungsverfahren und Gewerkschaftsbeteiligung stärken. Die Vergangenheit zeigt, dass immer wenn die Gewerkschaften frühzeitig, umfänglich und fortlaufend in Veränderungsprozesse eingebunden werden, diese erfolgreicher sind als ohne gewerkschaftliche Mitwirkung. Vor diesem Hintergrund halten wir hier eine Stärkung nach dem Vorbild anderer Bundesländer wie Schleswig-Holstein für angezeigt.*

Die CDU-Fraktion begrüßt starke Tarifpartner. Daher hatten wir bisher immer ein offenes Ohr, wenn sich die gewerkschaftlichen Vertreter der Hamburger Beschäftigten an uns gewandt haben.

